

Persönlicher Kohleausstieg

Bei ethisch-ökologischen Banken fließen keine Gelder in Kohle- oder Atomstrom, Rüstung oder andere zwielichtige Geschäfte, dafür in erneuerbare Energien und soziale Projekte

Von Kristina Simons

Wer mit dem Kohleausstieg nicht auf die Politik warten will, kann persönlich sofort damit anfangen: nicht nur durch den Bezug von echtem Ökostrom, sondern auch durch den Wechsel zu einer nachhaltigen Bank. Organisationen wie Facing Finance und Urgewald decken regelmäßig auf, wie internationale Großbanken klimaschädliche Energieträger wie Kohle und Erdöl oder auch Atomkraft finanzieren, sich an umweltschädlichen Projekten beteiligen, die Rüstungsindustrie unterstützen oder Unternehmen, die Arbeits- und Menschenrechte verletzen oder Kinderarbeit dulden. Kunden solcher Banken und Sparkassen müssen damit rechnen, dass auch ihre Einlagen dafür herhalten. „Wird das Gesparte nicht ausdrücklich in ethisch-ökologische Finanzprodukte oder bei einer Bank mit Nachhaltigkeitsstandards angelegt, müssen Anleger damit rechnen, dass ihr Geld in

solche kontroversen Branchen und Bereiche investiert wird“, sagt Ulrike Brendel von der Verbraucherzentrale Bremen. Brendel leitet hier das bundesweite Projekt Gut fürs Geld, gut fürs Klima, das über nachhaltige Geldanlagen und Altersvorsorge informiert.

Energiewende im Portfolio

Ethisch-ökologische Banken schließen nicht nur derartige Investitionen aus. Sie fördern auch gezielt besonders umweltfreundliche und soziale Geschäftsfelder. Sie vergeben Kredite an kleine Energiewendeprojekte, Naturkindergärten, Baugruppen oder soziale Start-ups, die bei einer konventionellen Bank kaum eine Chance auf Finanzierung hätten. In Positivkriterien legen sie fest, welche sozialen und ökologischen Mindeststandards ihre Geschäftspartner erfüllen müssen. „Dabei geht es um Themen wie Gleichberechtigung der Geschlechter, gute Arbeitsbedingungen, Umweltschutz im Unternehmen

und die Verhinderung von Korruption und Steuervermeidung – alles Themen, die bei jeder Investition eine Rolle spielen sollten“, sagt Sarah Guhr, Projektkoordinatorin bei Facing Finance. „Zusätzlich sind ethisch-ökologische Banken deutlich transparenter als herkömmliche, so dass die Kunden nachvollziehen können, was eigentlich mit dem Geld passiert, das auf ihrem Konto liegt.“

Von den insgesamt 1.888 Banken in Deutschland gibt es aktuell sechs ethisch-ökologische Institute: die Ethikbank, die Evonord-Bank, die GLS Bank, die Procredit Bank, die Triodos Bank und die Umweltbank. Procredit und Umweltbank bieten allerdings im Unterschied zu den anderen kein Girokonto an. Auch in ihrer konkreten Ausrichtung und Schwerpunktsetzung unterscheiden sich die Banken. Einen guten Überblick über die jeweiligen Ausschluss- und Anlagekriterien bietet die Verbraucherzentrale Bremen. Zusätzlich gibt es acht kirchliche Finanzinstitute, unter ihnen allerdings auch solche, für die Investitionen in Atomenergie, Erdöl- und Kohleförderung oder industrielle Tierhaltung nicht ausdrücklich außer Frage stehen.

Obwohl ethisch-ökologische Banken derzeit noch ein Nischenmarkt sind, wachsen sie im Vergleich stärker als herkömmliche Geldinstitute: Nach Informationen von Facing Finance ist der Anteil an Einlagen bei ihnen zwischen 2012 und 2016 um 11,7 Prozent gestiegen, bei herkömmlichen Finanzinstituten hingegen nur um 4,5 Prozent. „Das zeigt, dass es Verbrauchern immer wichtiger ist, was Banken mit dem Geld ihrer Kunden machen“, sagt Guhr. Tatsächlich bestätigen sämtliche ethisch-ökologische Banken,



Wer sein Geld nachhaltig anlegt, findet seinen Platz an der Sonne und kann ordentlich Wind machen
Foto: INSADCO/imago

Messe: Gut angelegt

Interessierte, die sich über Geldanlagen mit ökologischen oder sozialen Standards informieren wollen, sollten im April 2019 bei der **Messe „Grünes Geld“** in Stuttgart vorbeischaun. Dort präsentieren nationale und internationale Unternehmen aus allen Bereichen der Branche ihre Angebote. Im Rahmenprogramm der Messe gibt es zahlreiche **Vorträge** und **Diskussionen**, unter anderem zum Thema **Crowd-Investments**. Dabei beteiligen sich viele Anleger mit kleineren Beträgen an Start-ups, die nachhaltige Geschäftsideen verfolgen. Auch auf **Mikrofinanzfonds** soll ein Blick geworfen werden. Damit können Anleger dazu beitragen, dass junge Unternehmer in Schwellenländern Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. „Grünes Geld“ findet wieder im Rahmen der Finanzmesse „Invest“ statt. Die Messe findet am **5. und 6. April 2019** jeweils von 9.00 bis 18.00 Uhr in der Messe **Stuttgart** (Messeplazza, Eingang Ost) statt. Sechs Wochen vor Messebeginn gibt es die Möglichkeit, über die Webseite **kostenlose Eintrittskarten** zu beziehen.

www.gruenes-geld.de/stuttgart/2019/gr.html

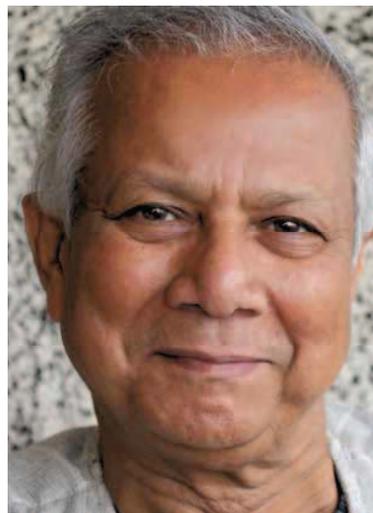
dass sie seit der Finanzkrise ab 2008 und verstärkt auch seit der Reaktor Katastrophe von Fukushima 2011 einen deutlichen Zuwachs an Kunden verzeichnen und diese sich sehr genau nach ihren Nachhaltigkeitsstandards erkundigen. „Da diese Banken viel stärker in der Finanzierung der Realwirtschaft aktiv sind, hat sich im Zuge der letzten Finanzkrise auch gezeigt, dass sie deutlich weniger krisenanfällig sind und trotzdem stabile Erträge erwirtschaften“, so Guhr. „Alle ethisch-ökologischen Banken schließen spekulative Investitionen aus, dadurch gefährden sie nicht wie manch andere Bank die Stabilität

des Finanzmarktes und damit der Weltwirtschaft.“ Herkömmliche Banken investierten dagegen stark in Finanzinstrumente wie Derivate, hinter denen sich kein tatsächlicher realwirtschaftlicher Wert verberge. Diese Investitionen seien zwar ertragreicher, aber auch deutlich riskanter.

„Den ethisch-ökologischen Banken kommt eine wichtige Vorreiterrolle zu“, sagt Ulrike Brendel. „Sie haben dafür gesorgt, dass es überhaupt das Konzept einer nachhaltigen Geldanlage gibt und es sich als Geschäftsfeld (inzwischen auch im Mainstream) entwickelt hat.“ Für einen breiten ge-

sellschaftlichen Wandel müsse die ethisch-ökologische Geldanlage jedoch raus aus der Nische und im Mainstream verankert werden. „Hier tut sich bisher in Deutschland leider immer noch zu wenig.“ Die monatlichen Girokonto-Gebühren der alternativen Banken reichen von 4,50 bis 8,80 Euro, sie sind also kein Schnäppchen. Doch inzwischen langen auch die meisten konventionellen Finanzinstitute bei den Gebühren kräftig zu. Die Bankkosten sind also kein Argument mehr, auf den eigenen Kohleausstieg zu verzichten.

Verbraucherzentrale Bremen: www.geld-bewegt.de



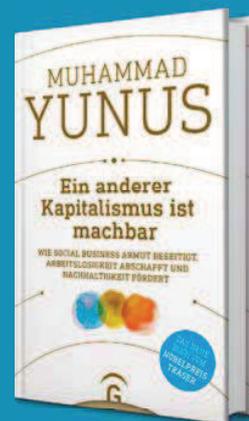
»Wir müssen Wirtschaft ganz neu denken!«

Muhammad Yunus

»Ein Buch, das die Wall-Street zum Erbeben bringt.«

Kirkus Review

GÜTERS DIE
LOHREVISION
VERLAGSEINER
HAUSNEUENWELT



€ 22,00 (D) / ISBN 978-3-579-08715-3
Auch als E-Book erhältlich

www.gvth.de

Ein neuer Fonds für die Rente

Im September 2018 jährte sich die Insolvenz der amerikanischen Lehman Bank – Sinnbild der internationalen Finanzkrise – zum zehnten Mal. Aus Sicht des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) gehen viele der seitdem beschlossenen Reformen am Problem vorbei. Der vzbv fordert die Bundesregierung auf, ein Verbot von Provisionen und eine bessere private Altersvorsorge zügig umzusetzen. „Zahlreiche Finanzprodukte sind komplex und überbeuert, Risiken falsch bewertet und Berater sind Verkäufer. Verbessert hat sich seitdem wenig, aber vieles ist komplizierter geworden. Die Bundesregierung muss viel aktiver werden, um das Risiko von Vermögensschäden wirksam zu begrenzen“, sagt Klaus Müller, Vorstand des vzbv. Um die private Altersvorsorge zu verbessern und die Abhängigkeit von Verbrauchern vom Provisionsvertrieb zu verringern, setzt sich der vzbv für die Einführung eines Altersvorsorgefonds als einfaches und kostengünstiges Basisprodukt ein. Das Basisprodukt würde Verbrauchern den Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, ohne dass dabei private Gewinninteressen bedient werden müssten.

Anleger schmeißen Kohle raus

Von Kommunen bis hin zu Pensionsfonds: Klimaschutz bei Geldgeschäften ist ein Thema für institutionelle Investoren. Auch Verbraucher haben Einflussmöglichkeiten, etwa bei der Wahl ihrer Bank für das Girokonto



Städte, die große Pakete von RWE-Aktien halten, stellen ihre Investitionspolitik in Frage
Foto: Alexander Pohl/imag

Von **Bernward Janzing**

Die Landkreise Wesel, Siegen-Wittgenstein und Viersen haben es vorgemacht – sie haben ihre RWE-Aktien verkauft. Dabei spielte einerseits die grundsätzliche Kritik an den Geschäften mit der Kohle eine Rolle, aber auch die Aussicht auf eine künftig nur dürftige Dividende. Denn – so die Überlegung – was gesellschaftlich immer weniger akzeptiert wird, kann auf

Dauer keine gute Investition mehr sein.

Noch konsequenter war der Beschluss unterdessen in in der Stadt Münster, die als erste in Deutschland schon im Jahr 2015 beschloss, „nicht mehr in Bereiche zu investieren, die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ethischer und/oder ökologischer Art problematisch sind“. Und das bedeutet für Münster unter anderem: „Keine Beteiligung an Unternehmen, die

Atomenergie erzeugen oder auf nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen.“

Unter Kommunen – speziell in Nordrhein-Westfalen, wo viele Städte traditionell große Pakete von RWE-Aktien halten – wird die Frage, ob die Investition in klimaschädliche Geschäftsmodelle noch vertretbar ist, immer intensiver diskutiert. Greenpeace Köln trug kürzlich den Status quo zusammen: Dortmund ist danach mit aktuell 23,61 Millionen RWE-Aktien der größte kommunale Investor, Essen steht mit 18,76 Millionen an zweiter Stelle. Auch der Hochsauerlandkreis und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe verfügen über viele Millionen Aktien des Kohleverstromers RWE.

Dieser Geldanlage halten Aktivisten zunehmend das neue Schlagwort „Divestment“ entgegen. Das ist das Gegenteil von Investment und bedeutet, dass Anleger Aktien, Anleihen oder Investmentfonds, die als unethisch angesehen werden, abstoßen. „Mit jeder Institution, die sich öffentlich von den Kohle-, Öl- und Gasunternehmen trennt, hohlen wir deren Macht, ihre unmoralischen Ge-

schaftspläne weiterzuerfolgen, ein bisschen mehr aus“, schreibt die Kampagne Fossil Free, hinter der die internationale Klimaschutz-Organisation 350.org steht. Motto: „Wenn es falsch ist, das Klima zu zerstören, dann ist es auch falsch, von dieser Zerstörung zu profitieren.“

Doch wie kann man in der Praxis verhindern, dass mit dem eigenen Geld Unternehmen gestützt werden, deren Geschäftsmodell die fossilen Energien sind? Die Frage stellen sich nicht nur Kommunen und Rentenfonds, die nachhaltig agieren wollen. Die gleiche Frage stellen sich auch private Anleger.

Hinweise gibt das Siegel des Forums Nachhaltige Geldanlagen (FNG). Dieses nimmt ab 2019 auch den Kohlebergbau, die Kohleverstromung sowie Ölsände und Fracking als Ausschlusskriterien auf. Entsprechende Geschäfte die nur wenige Prozent des Umsatzes ausmachen, werden allerdings noch akzeptiert.

Institutionelle Anleger achten mitunter auf dieses Siegel: Der 10,4 Milliarden Euro schwere NRW-Pensionsfonds orientiert sich zum Beispiel explizit am FNG-Siegel, teilt das

Forum stolz mit. Ebenso böten auch Fondsplattformen, Fintech-Unternehmen, Vermögensverwalter und Finanzvermittler mittlerweile Portfolios teilweise exklusiv mit Fonds an, die das FNG-Siegel tragen.

Frei von Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft sind die Fonds in der Regel jedoch nicht. Wer das wünscht, also auch keine Öl- und Erdgasfirmen im Portfolio akzeptiert und auch keine Unternehmen, die dem Verbrauch fossiler Energien Vorschub leisten – wie Autofirmen und Fluglinien – hat es hingegen schwer. Ein einschlägiges Label gebe es in diesem Fall nicht, heißt es beim FNG. Da müsste man sich dann durch die einzelnen Nachhaltigkeitsprofile der knapp 300 Fonds wühlen, die das FNG erstellt hat

Wer vordringlich die Kohle als Anlage vermeiden will, findet auch bei Urgewald Informationen. Die Organisation hat eine Datenbank erstellt zu der Frage, inwiefern Unternehmen im Bereich Kohle aktiv sind (coal-exit.org). Seit 2017 stellt außerdem Climetrics den Investoren ein Klima-Rating für Fonds zur Verfügung. Dieses ermöglicht es Anlegern, Auswirkungen auf den Klimawandel in ihre Investitionsentscheidungen miteinzubeziehen (climetrics-rating.org).

Und wer als Privatkunde wissen möchte, wie sehr seine Hausbank das Thema Nachhaltigkeit ernst nimmt, findet dazu im Fair Finance Guide (fairfinanceguide.de) Informationen. Der weist zum Beispiel aus, dass die einschlägig bekannten Alternativenbanken GLS, Triodos und Ethikbank beim Thema Klima zu 85 bis 87 Prozent nachhaltig wirtschaften, während hingegen die Deutsche Bank nur auf 18 und die Postbank auf gerade 11 Prozent kommen.

Ein Kriterium hierbei: „Banken müssen sich verpflichten, ihre Investitionen in fossile Energien (Kohle, Öl, Gas) zu beenden.“ Somit stellt sich das Thema Klimaschutz nicht nur bei Fonds und Aktien, sondern bereits bei der Wahl des privaten Girokontos.

GUTES GELD NÜTZT DEN MENSCHEN. NICHT DEN GROSSBANKEN.

GUTESGELD.DE

NACHHALTIGE GELDANLAGE SEIT 1975.

OIKO CREDIT
in Menschen investieren

© Ummer Reports

Mein Gott, Walter!

Was ist drin im Riester-Sparplan? Rüstung, Korruption, Kohlenstaub? Das Portal Faire Rente verrät es. Sein Aufbau bietet in wenigen Schritten Transparenz

Riester mit Rendite, das heißt bereits für 3,2 Millionen deutsche Rentner in spe: rechtzeitig einen der nach dem ehemaligen Arbeitsminister benannten Rentensparpläne auf Basis von Investments-Fonds wählen. Über die realen Auswirkungen des investierten Gelds auf Umwelt- und Sozialsphäre erfährt man in der Regel aber nur wenig, obwohl viele Menschen erklärtermaßen faires Investment wichtig finden.

Faire-Rente.de will die fehlenden Informationen bieten – hinter dem Portal stehen die NGO Facing Finance, zu Projektpartnern und Unterstützern gehören die Verbraucherzentralen Bremen und NRW sowie der evangelische Entwicklungsdienst „Brot für die Welt“. Der Aufbau des Portals bietet in wenigen Schritten genau die Transparenz, die Anbieter dem Anleger meist vorenthalten. Eine Übersicht zeigt alle im Rahmen eines Riesterprodukts wählba-

ren Investmentfonds auf und nennt deren sogenannte Sektorbelastungen. Dadurch weiß man dann, wie viel Prozent des Fondsvolumens jeweils in Firmen investiert wird, die etwa Menschenrechte verletzen, unfaire Arbeitsbedingungen zulassen, die Umwelt zerstören oder unter Korruptionsverdacht stehen. Daraus lässt sich wiederum eine Gesamtbelastung errechnen, die ebenfalls aufgeführt ist.

Klickt man den einzelnen Fonds an, kann man sich die einzelnen Firmen anzeigen lassen (zum Beispiel Apple Inc., Volkswagen, Reynolds American Inc.), in die der jeweilige Fonds investiert, und erhält einen tabellarischen Überblick zu den problematischen Aktivitäten der Unternehmen. Schneller Lerneffekt dabei: Fonds, die sich an namhaften Konzernen beteiligen, sind meist stark belastet – weil deren Aktivitäten kaum einen problematischen Sektor aussparen. Warum auch – bis-

her fließt ja das Geld. Höchste Zeit also für mehr Fairness beim Anlegen: Idealerweise sollte man den Anbietercheck vor dem Abschluss eines Riestervertrags vornehmen, denn eine Kündigung kann teuer werden – bisher in Anspruch genommene Fördersummen müssen nämlich zurückgezahlt werden. Soweit möglich kann man innerhalb des angebotenen Portfolios Umschichtungen vornehmen, also einzelne Fonds mit geringerer oder keiner Belastung auswählen.

Alternativ mag es aber auch sinnvoll sein, den Vertrag ruhen zu lassen oder zu einem anderen Anbieter zu wechseln. Bei letzterer Variante wird das bisher erreichte Guthaben auf den neuen Anbieter übertragen. In diesem Rahmen können dann jedoch Wechselgebühren in jeweils sehr unterschiedlicher Höhe anfallen. *Angsar Warner*

www.faire-rente.de



Damit die Bäume wachsen können, muss die Plantage immer wieder gemäht werden Foto: Dierk Jensen

Das Aluminium unter den Hölzern

Paulownia wächst nicht in den Himmel, viele Akteure versprechen sich vom dem Baum dennoch gute Qualität und hohe Erträge

Von Dierk Jensen

Ursprünglich kommt er aus Süd-bulgarien. Später studierte Vesselin Mihaylov Germanistik in Heidelberg, heute lebt er in der Stadt Russe am Südufer der Donau, die in ihrem schönen Stadtkern mit beeindruckender Architektur aufwartet. Mihaylov spricht perfektes Deutsch, ist belesen und seit einigen Jahren Pionier des Paulownia-Anbaus in Bulgarien. So managt er als Mitarbeiter der PLAN 8 GmbH aus dem schleswig-holsteinischen Eckernförde eine im Jahre 2015 mit der schnell wachsenden Baumart angelegte Plantage. Sie liegt rund 60 Kilometer südöstlich von Russe, inmitten einer weitläufigen, flach hügeligen Ackerlandschaft, in der hauptsächlich Raps, Sonnenblumen und Getreide wachsen. Im Auto, auf dem Weg zur Plantage, erzählt Mihaylov, der in der Vergangenheit einige Solar- und Windenergieprojekte für die PLAN 8 GmbH in Bulgarien anschob, über den Einstieg in den Anbau der Paulownia, die auch synonymy Kiri- oder Kaiserbaum bezeichnet wird. Seine Kollegen in Deutschland waren seit Längerem schon fasziniert von den besonderen Eigenschaften dieses Baums und wollten ihr Portfolio im Bereich der erneuerbaren Energien um den Anbau des nachwachsenden, kohlenstofffixierenden Rohstoffs Paulownia erweitern. Und zwar nicht für die Bereitstellung von Bioenergie, sondern vielmehr zur Herstellung von Wertholz etwa für den Bootsbau, für Surfbretter oder Instrumente. Dafür eignet sich das helle Holz, weil es extrem leicht ist

und deshalb als „Aluminium unter den Hölzern“ gilt. „Wir entschieden uns schließlich 2014, passende Flächen für die Paulownia zu finden“, so der 52-jährige am Steuer, „nach mehreren Anläufen konnten wir dann Agrarflächen vom ersten bulgarischen Kosmonauten Georgi Ivanov erwerben. Im Herbst 2015 pflanzten wir die ersten Setzlinge, im darauffolgenden Frühjahr ging die Pflanzung weiter.“ Heute umfasst die Plantage eine Gesamtfläche von 63 Hektar, im Reihenabstand von vier Metern stehen die Bäume, rund 800 Exemplare pro Hektar. Nach einer Stunde Fahrzeit von Russe bei der Plantage angekommen, fallen als Erstes die schnurgerade nach oben wachsenden Stämme auf. Schon nach drei Vegetationsperioden sind die großblättrigen Bäume mehrere Meter in die Höhe geschossen. Dafür müssen die seitlichen Triebe neben den extrem großen Blättern abgeschnitten werden. Für diese wiederkehrende Arbeit hat der Plantagenmanager eine Gruppe von Frauen engagiert. Sie gehören den Pomaken an, die eine ethnische Minderheit muslimischen Glaubens in Bulgarien sind. Nach Monaten sommerlicher Hitze fällt an diesem Tag Ende August der erste Regen. Die Erde riecht intensiv. Gearbeitet wird trotzdem, die Frauen schützen sich mit dünnen Plastikmühen. „Obwohl wir mit 700 Liter pro Quadratmeter Jahresniederschlag hier relativ günstige Bedingungen vorfinden, ist die komplette Plantage mit Tropfbewässerung ausgestattet“, erklärt Mihaylov. Neben der Wasserversorgung und dem ständi-

gen Ausgeizen der Seitentriebe muss die Plantage auch immer wieder gemäht werden, damit die Bäume unbeeinträchtigt in den Himmel wachsen können. Wie wichtig dies ist, kann Bernd Stimm vom Lehrstuhl für Waldbau an der Technischen Universität München gut nachvollziehen: „Wir haben die Paulownia testweise in bayerischen Wäldern gepflanzt und die Erfahrung gemacht, dass sie sich gegen Brombeeren, Himbeeren und anderer Vegetation nicht durchsetzen kann.“ Dennoch zeigt der Forstwissenschaftler sich durchaus offen zum Wertholzbaum, der in Deutschland unter anderem auch von der Firma WeGrow auf landwirtschaftlichen Flächen gepflanzt und promotet wird. Zwar erwartet Stimm keine Wunderdinge von der Paulownia und ist auch eher skeptisch gegenüber den kommunizierten Wachstumsraten, doch äußert er sich angetan über die Holzqualitäten, „die sind schon enorm“. „Man muss schon auf vieles achten, beispielsweise darauf, dass die Rinde bei stark differierenden Temperaturen nicht aufreißt“, räumt denn auch Mihaylov auf der bulgarischen Plantage ein. „Die Paulownia ist schon pflegeintensiv“. Trotzdem ist er sehr zufrieden mit dem bisherigen Wachstum. Er erwartet eine erste Ernte in etwa zehn Jahren. Dann sollen die Stämme sechs bis acht Metern lang sein und einen Durchmesser von mindestens 45 Zentimetern aufweisen. Das geerntete Holz bringe für alle beteiligten Investoren eine Eigenkapitalrendite von rund 9 Prozent. So lautet zumindest die Beteiligungsofferte.

Mehr Transparenz auf dem Konto

Kreditinstitute müssen ihre Kunden einmal im Jahr über Kosten informieren

Am 31. Oktober 2018 trat das Zahlungskontogesetz vollständig in Kraft, das auf die Europäische Zahlungskontenrichtlinie zurückgeht. Die Richtlinie hat zum Ziel, dass alle Verbraucher einen Kontozugang erhalten und durch bessere Kostentransparenz und schnelleren Kontowechsel mehr Preisdruck auf den Kontomarkt ausüben können. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) be-

wertet die Maßnahmen, wie die Einführung einer Vergleichswebsite oder neue Entgeltinformationsblätter, grundsätzlich als positiv. In der Umsetzung zeigten sich jedoch einige Mängel. Seit 31. Oktober müssen Kreditinstitute ihre Kunden einmal im Jahr darüber informieren, wie viel ihr Konto kostet. „Die künftigen Jahresabrechnungen sind eine gute Hilfestellung für Verbraucher. Sie erhal-

ten damit eine vollständige Information“, so Dorothea Mohn, Leiterin Team Finanzmarkt beim vzbv. Viele Kosten seien bislang in den Kontoauszügen versteckt worden und für Verbraucher schwer auffindbar. Der Gesetzgeber hat Kontoinstitute zudem verpflichtet, Verbraucher künftig noch vor Vertragsabschluss über die Entgelte ihrer Kontomodelle zu informieren.

„Keinem ist verboten, Fehler zu machen“

Hermann-Josef Tenhagen von „Finanztipp“ zum neuen Gesetz, das Selbstständige mit kleinem Einkommen bei der Krankenversicherung entlastet

taz: Die Krankenversicherung wird für viele Selbstständige ab 2019 günstiger. Wenn Selbstständige sich bisher gesetzlich versichern wollten, setzten die Kassen ein „fiktives Mindesteinkommen“ von monatlich 2.284 Euro an. Ab 2019 sind es 1.038 Euro. Wie kommt es zu solchen Zahlen?

Hermann-Josef Tenhagen: Das Mindesteinkommen ist ganz einfach eine politische Annahme über das Mindesteinkommen von Selbstständigen, was man natürlich ein bisschen blauäugig nennen kann, denn viele Selbstständige haben die bisherige Höhe eben gar nicht erreicht. Obwohl sie schon knapp bemessen ist, denn mit ihrem Einkommen müssen Selbstständige ja auch noch ihre komplette Absicherung finanzieren. Und wer später einmal 1.000 Euro gesetzliche Rente haben möchte, müsste heute mindestens 600 Euro pro Monat in die Rentenkasse einzahlen, da bleibt dann nicht mehr viel übrig. Das Problem war der Politik bekannt, es wurde aber lange Zeit nicht darauf reagiert. Lässt sich sagen, wie viele Selbstständige von der Neuregelung profitieren?

Den offiziellen Zahlen zufolge sind 200.000 Personen

betroffen, tatsächlich dürften es aber weitaus mehr sein. Es sind schließlich auch viele Teilzeitselbstständige betroffen, die nur geringe Einnahmen haben. Auch für sie gilt jetzt dieselbe Bemessungsgrenze, ohne dass der Umfang ihrer Tätigkeit wie zuvor von der Krankenkasse geprüft werden muss. Das ist der Lobbyarbeit verschiedener Gruppen zu verdanken, etwa den Hebammen. Ist durch Senkung der Mindestbeiträge die private Krankenversicherung für Selbstständige mit moderatem Einkommen zukünftig kein Thema mehr?

Die private Krankenversicherung war wirtschaftlich ja nur deshalb ein Thema, weil die Einstiegsbeiträge für junge Selbstständige unter den Krankenkassensätzen lagen. Das ist vorbei, die meisten Angebote der privaten Krankenkassen dürften jetzt nicht mehr unter dem neuen Mindestbeitragsatz liegen, von einzelnen Lockangeboten mal abgesehen. Allerdings gilt auch weiterhin: Keinem ist verboten, wirtschaftliche Fehler zu machen. Grundsätzlich ist die private Krankenversicherung nur eine tragfähige Option für Gutverdienende oder Beamte, für Selbstständige im Bereich

des Mindesteinkommens hat sich das schon bisher auf Dauer nicht gelohnt.

FDP und Linkspartei fordern die weitere Senkung der Mindestbemessungsgrenze auf 450 Euro – ist das eine gute Idee? Oder sollte man lieber das Künstlersozialkassenmodell auf alle Selbstständigen übertragen, also einen Teil der Beiträge durch Umlagen oder Steuereinnahmen finanzieren?

Die aktuelle Halbierung des Mindestbeitrags ist schon mal ein Riesenfortschritt, aber man könnte es natürlich noch einfacher machen, in dem man die Mindestbemessungsgrundlage – so heißt das – weiter senkt. Das Modell Künstlersozialkassen kann man nicht so einfach auf alle Selbstständigen ausdehnen, denn es lässt gegenüber den Steuern zahlenden Arbeitnehmern nur sehr schwer rechtfertigen, warum sie mit ihrem Geld einen Teil der Krankenkassenbeiträge von Selbstständigen übernehmen sollen. Schließlich ist das ja jedem selbst überlassen, ob er als Angestellter arbeitet und der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge übernimmt, oder als Selbstständiger für alles selbst verantwortlich ist. Interview: Ansgar Warner

GREEN CITY FINANCE

GRÜN ANLAGEN

KRAFTWERKSPARK III

IHRE INVESTITION IN WIND-, WASSER-, SOLARKRAFTWERKE UND STROMSPEICHER

3,5% FESTZINS P. A. LAUFZEIT BIS 30. DEZEMBER 2026

GREENCITY-FINANCE.DE/KRAFTWERKSPARK-III/

IHR KONTAKT IN BERLIN: NATURCONSULT.DE

Foto: palmpicture/franke Thielberg

Rechtlicher Hinweis: Der Erwerb dieser Finanzanlage ist mit Risiken, insbesondere dem Totalverlustrisiko, verbunden. Ausführliche Risikohinweise entnehmen Sie bitte dem veröffentlichten Wertpapierprospekt, erhältlich unter greencity-finance.de/kraftwerkspark-iii/



WIWIN
nachhaltig investieren

CROWDINVESTING
Moderne Online-Plattform für Vermögensanlagen und Wertpapiere

MARKTFÜHRER ERNEUERBARE ENERGIEN
Ausgewählte und nachhaltige Produkte für unsere Umwelt

MEHRJÄHRIGE ERFAHRUNG
Vermittlung von rund 50 Mio. Euro an Bürger und Kleinleger

BEREITS AB 100 €! NACHHALTIG INVESTIEREN!
www.wiwin.de

Grün ins Alter?

Bei der privaten Vorsorge sollte man genau hinschauen. Die Werbeproschancen vieler Anbieter nachhaltiger Rentenprodukte halten dem Realitäts-Check nicht stand

Von **Ansgar Warner**

Private Altersvorsorge, das heißt in der Regel: man steckt mit oder ohne staatliche Förderung Geld in fondsgebundene Finanzprodukte, also ein Bündel von Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen. Doch damit beginnen die Probleme. „Divers“ heißt in diesem Fall nämlich meist: man unterstützt eine explosive Mischung aus Akteuren, die sowohl klimaschädliche, sozial problematische wie auch konfliktfördernde Aktivitäten entfalten.

Gerade erst legte die NGO Facing Finance den Abschlussbericht ihres Projektes „FaireRente vor“ – in den letzten drei Jahren waren 838 in Deutschland zugelassene Fonds untersucht worden, die bei Riesterprodukten, vermögenswirksamen Leistungen und sonstigen Fondssparplänen zur Anwendung kommen. Die ernüchternde Bilanz: Wirklich unbelastete, nachhaltige Altersvorsorge-Angebote sind eher die Ausnahme.

Damit werden Arbeitnehmer wie auch Selbständige, die ihre Altersvorsorge aufstücken müssen, weil die staatliche Rente nicht mehr reicht, zu einer absurden Form der Komplizenschaft gedrängt: sie finanzieren Dinge, die offiziell von der Politik eigentlich unerwünscht sind.

„Deutschland verpflichtet sich völkerrechtlich, Streubomben und Kinderarbeit zu verbieten, das Klima zu retten oder Waffenexporte in Kriegsgebiete zu untersagen, erlaubt aber nach wie vor steuerbegünstigte Investitionen in Unternehmen, die genau davon profitieren, was ein Skandal ist“, kritisiert Facing-Finance-Geschäftsführer Thomas Küchenmeister.

Doch wie heißt es so schön: Verbrechen macht sich nicht bezahlt. Vor allem die Investition in fossile Energien bedroht gleichzeitig die finanzielle Nachhaltigkeit solcher Anlageprodukte. Denn bei der absehbaren Regulierung im Rahmen der klimapolitischen Agenda ist mit kräftigen Wertverlusten zu rechnen. Man handelt sich also, in den Worten von Julia Dubschlag, Leiterin des Projektes Faire Rente, sogenannte „Stranded Assets“ ein. Also Anlagen, die irgendwann an Klippen der sich rasch verändernden Realität stranden.

Bis auf Weiteres sind nach wie vor keine parlamentarischen Mehrheiten für nachhaltige Mindeststandards für Altersvorsorgeprodukte und deren staatliche Förderung absehbar. Besonders absurd: Durch die vom Gesetzgeber noch zusätzlich reduzierte Informationspflicht für Riesterprodukte müssen die Anbieter den Kunden erst nach Vertragsabschluss informieren, ob sie soziale und ökologische Kriterien bei der Geldanlage beachten. Mit anderen Worten: der Anleger wird gezwungen, erst mal die Katze im Sack zu kaufen.

Mit Vorsicht zu genießen sind die Werbeproschancen vieler Anbieter, die ihre angebliche soziale oder ökologische Ausrichtung öffentlichkeitswirksam in den Vordergrund stellen. So nimmt der Volkswohl-Bund es zwar in den Bereichen der geachteten Waffen, der Menschen- und Arbeitsrechte sowie der Spekulation mit Nahrungsmitteln sehr genau, dagegen sind die Investitions-Richtlinien in Sektoren wie Umwelt, Klima oder Korruption sehr vage.

Andere Anbieter wie etwa Deka oder Union Investment sind zwar Mitglied in interna-

tionalen Initiativen wie dem UN Global Compact oder gehören zu den Unterzeichnern der UN-Prinzipien für verantwortliches Investieren. Doch das verpflichtet konkret zu gar nichts, denn die Prinzipien sind sehr allgemein formuliert und basieren auf Freiwilligkeit – niemand muss Sanktionen befürchten, wenn er gegen die Bekundungen verstößt.

Ein besonderes Problem ist auch die Komplexität vieler Angebote, die von den Anbietern selbst aufgelegte Fonds und von Dritten gemanagte Fonds kombinieren. Nicht immer gelten die hehren Richtlinien dann

geben, eine verbesserte Offenlegung von Anlagekriterien, und nicht zuletzt soll der CO₂-Fußabdruck von Investments leicht verständlich dargestellt werden, um Alternativen einfacher vergleichen zu können.

Dafür gab es schon mal Lob der Umweltlobby. „Von Investoren einzufordern, Umwelt- und Klimarisiken umfassend zu berücksichtigen und dies transparent zu machen, liegt im Interesse aller Kunden“, kommentierte etwa Matthias Kopp, Leiter Sustainable Finance bei WWF Deutschland. Bemängelt wurde allerdings die Konzentration auf den Klimawandel: „Die Kommission sollte bald ihr Versprechen einlösen und neben klimarelevanten Faktoren weitere Umwelt-, Sozial- und Faktoren der Unternehmensführung (ESG) einbeziehen“, fordert etwa der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold.

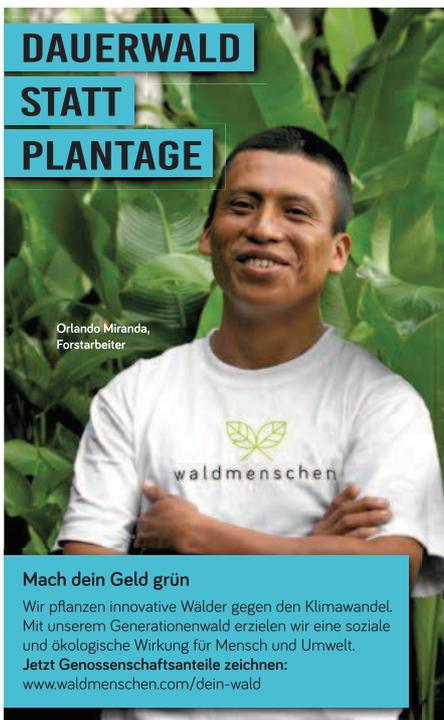
Wie man auf breiter Front etwas verändern kann, zeigt eine aktuelle EU-Richtlinie, die speziell Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge betrifft und bis 2019 in nationales Recht umgesetzt werden muss. Sie zwingt Pensionskassen und Anbieter betrieblicher Altersvorsorge zu mehr Unternehmensverantwortlichkeit und besserem Risikomanagement. Und eins der größten Risiken für Investoren sind nun mal die Folgen des Klimawandels. Inwieweit der Gesetzgeber die Gelegenheit nutzt, konkrete Anforderungen zu formulieren, bleibt aber abzuwarten. Bis auf Weiteres bleibt die 100 Prozent grüne Rente Utopie – höchstens bei der privaten „dritten“ Säule neben staatlicher wie auch Betriebsrente gibt es bisher klare Wahlmöglichkeiten. Doch auch dort muss man ganz genau hinschauen.

Ein besonderes Problem ist auch die Komplexität vieler Angebote

auch für die einbezogenen Fremdfonds, sodass man sich wiederum schnell eine problematische Mischung einhandelt.

Bei einem Anlage-Check der Verbraucherzentrale Bremen fielen auch aus solchen Gründen die meisten von zwei Dutzend überprüften Finanzprodukten wegen mangelnder Transparenz bei den Nachhaltigkeitsstandards durch. Nur zwei Anbieter erhielten Lob für „umfangreiche ethisch-ökologische Kriterien“: die Familienfürsorge sowie Corcorda oeco.

Immerhin ist das Problem inzwischen auch auf europäischer Ebene erkannt worden – Mitte des Jahres wurde in Brüssel der EU-Aktionsplan zur nachhaltigen Finanzwirtschaft verkündet. Es soll zukünftig europaweit geltende Normen für ökonomische Nachhaltigkeit



DAUERWALD STATT PLANTAGE

Orlando Miranda, Forstarbeiter

waldmenschen

Mach dein Geld grün

Wir pflanzen innovative Wälder gegen den Klimawandel. Mit unserem Generationenwald erzielen wir eine soziale und ökologische Wirkung für Mensch und Umwelt. **Jetzt Genossenschaftsanteile zeichnen:** www.waldmenschen.com/dein-wald

Blick über den Tellerrand

Eine Tagung diskutiert Strategien für Pensionsfonds und -kassen beim Thema Nachhaltigkeit

„Betriebliche Altersversorgung und Nachhaltigkeit“ ist das Thema einer Veranstaltung des gemeinnützigen Vereins CRIC (Corporate Responsibility Interface Center e. V.) Ende November 2018 in Frankfurt am Main. Weil auch Pensionsfonds- und -kassen zunehmend mit Fragen der Nachhaltigkeit konfrontiert werden, will die Tagung diese

Akteursgruppe intensiver beleuchten. Dabei sollen ökologische und soziale Kriterien sowie die Umsetzung ethisch-nachhaltiger Strategien bei der Geldanlage bei der betrieblichen Altersversorgung thematisiert werden. Unter anderem werden Praxisbeispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland vorgestellt. Darüber hinaus wird

CRIC an die DAX-Unternehmen erneut die Frage zur Ethik und Nachhaltigkeit bei der Veranlagung ihrer Gelder herantragen, die zu einem guten Teil aus Rücklagen für Pensionsansprüche bestünden.

CRIC e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich die Förderung von Ethik und Nachhaltigkeit bei der Geldanlage auf die

Fahren geschrieben hat. Er hat nach eigenen Angaben rund 100 Mitgliedsorganisationen.

Die Veranstaltung findet am 29. November 2018 in der Evangelischen Akademie in Frankfurt von 9.30 bis 14 Uhr statt. **ve**

Informationen und Anmeldung unter www.cric-online.org/veranstaltungen



KEINE KOHLE FÜR DIE KOHLE

Dein Beitrag zum Klimaschutz:

Faires Girokonto bei der EthikBank

EthikBank
FAIRES GELD

Jetzt online wechseln! www.ethikbank.de



Profitieren Sie vom Wandel

Investieren Sie in zukunftsweisende Technologien: Mit der Wandelanleihe von ABO Wind beteiligen Sie sich an der Planung und Errichtung von Wind- und Solarparks. Sie sichern sich drei Prozent Zinsen und die Chance auf Kursgewinne.

Informationen: www.abo-wind.com/wandelanleihe oder 0611 - 26765 515

ABO WIND

Diese Werbung stellt weder ein Angebot zum Verkauf noch eine Aufforderung zum Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren dar. Anleger sollten ihre Anlageentscheidung ausschließlich auf Grundlage des Wertpapierprospekts treffen, der auf der oben genannten Internetseite sowie in den Geschäftsräumen der ABO Wind AG in Wiesbaden zur Verfügung steht.